

Erfahrungen aus Ländern, in denen Bürgerkriege beendet wurden zeigen, dass mit der Beendigung bewaffneter Auseinandersetzungen noch lange nicht die alltägliche Gewalt beendet ist. In Kolumbien mit seiner nun mehr als 50 Jahre andauernden bewaffneten Gewalt wird es ebenfalls darauf ankommen, nach einem möglichen Friedensschluss die Fähigkeit zu gewaltloser Konfliktlösung in der gesamten Bevölkerung neu zu entwickeln. In einem Interview mit dem Wochenmagazin EL ESPECTADOR nimmt am 19.10.2014 Eduardo Villar Borrero, Präsident der Stiftung Fundación Social dazu Stellung:

„Frieden ist nicht nur die Abwesenheit der bewaffneten Gewalt, sondern viel mehr“

Eduardo Villar Borrero analysiert die Polarisierung unter den „nicht bewaffneten Kolumbianern“, die Unfähigkeit zum Minimalkonsens über den Friedensprozess, das Fehlen einer friedlichen Vision für das Land und Kampagnen wie „Soy Capaz“ (=wörtlich: „Ich kann es“; Friedenskampagne, A.d.Ü.).

Frage:

War die Kampagne „Soy Capaz“ nützlich dafür voranzukommen bei der Schaffung eines Klimas des Zusammenlebens, oder war die umfassende Öffentlichkeitsarbeit im Zusammenhang damit nur eine vorübergehende Weckung von Aufmerksamkeit?

Antwort:

Ich glaube nicht, dass die Schaffung einer seriösen Friedenskultur, tiefgreifend und wirklich verwurzelt, aus einer Öffentlichkeitskampagne entstehen kann. „Soy Capaz“ war ein interessanter Versuch, die Kolumbianer dazu zu veranlassen, in der 1. Person zu denken: „Was muss ich tun?, Welche Rolle fällt mir zu?“ Das ist in jedem Fall positiv, aber so erreicht man nur die Oberfläche, also die Ebene, auf der eben Öffentlichkeitskampagnen funktionieren.

F:

Sie vermitteln den Eindruck, diese Art von Initiativen sei nicht sehr überzeugend. Sehe ich das richtig?

A:

Sie interpretieren mich richtig. Öffentlichkeitsarbeit kann eine Hilfe zur Unterstützung bestimmter Strategien sein, aber als solche ist sie oberflächlich.

F:

Genauer gesagt versichern einige Kritiker, dass die Kampagne, obwohl sie in guter Absicht erfolgte, letztlich exhibitionistisch und ohne solides Fundament gewesen sei. Nach dem, was Sie sagten, teilen Sie diese Auffassung.

A:

Wie die Kampagne angelegt war, in alle Zielrichtungen und in vielfältigem Stil, hatte sie in der Tat etwas davon. Aber es gab in ihr auch tiefgehende Visionen.....

F:

Die mehr als 150 Organisationen, die sich an der Kampagne beteiligten, repräsentierten vielfältige Interessen, und haben unterschiedliche und zum Teil sich widersprechende Ideen, was den Frieden angeht. Welche Ideen hat die Stiftung, die Sie repräsentieren?

A:

Wir meinen, der Frieden erstreckt sich auf drei Ebenen: Die erste und zugleich wichtigste und schwierigste liegt in der Akzeptanz des Anderen als jemanden, mit dem ich in Harmonie leben muss mit den gleichen Rechten. Die zweite Ebene ist der Aufbau eines sozialen Netzes, von Mechanismen des Zusammenlebens und gerecht verteilten Möglichkeiten der Entwicklung für alle. Die dritte Ebene ist die politische und juristische: Dazu gehören die Vereinbarungen zwischen Gruppen, die Vereinbarungen über Staatsreformen usw. und auch die Vereinbarungen über die Anwendung des Strafrechts.

Ich sage das, weil eine Konfusion hinsichtlich der Termini besteht, die wir nicht überwunden haben. So glaubt man, die persönliche Vergebung, die ja eine persönliche Angelegenheit von Einzelpersonen ist, gleichbedeutend sei mit den staatlichen Verfahrensweisen, die ja auf staatlichen Entscheidungen beruhen.

F:

Gegner der Regierung haben Verdacht hinsichtlich der Kampagne gesät; danach sei sie eine offizielle Strategie, den Verhandlungen in Havanna ein günstiges Ambiente zu verschaffen. Hat Ihre Stiftung daran gedacht, bevor sie sich dafür entschied, an der Kampagne teilzunehmen?

A:

Ja, das haben wir bedacht. Uns macht besorgt, dass auf die leichte Art das Wort „Frieden“ sich in der kollektiven Vorstellung zum Synonym für das „politische Abkommen in Havanna“ verwandelt hat. Ganz gleich, was dafür die Ursache sein könnte, war es klar, dass die Kampagne so gesehen würde, und dass es jene gibt, die zeigen wollen, sie habe diesen einzigen Inhalt. Unsere Stiftung ist natürlich nicht gegen das Vorhaben einer politischen Übereinkunft, die unter den entsprechenden Rahmenbedingungen eine Notwendigkeit ist. Aber wir glauben nicht, dass der Frieden so einfach aus der Unterschrift auf einem Papier entsteht und auch nicht an die grobe und radikale Polarisierung gegen den Friedensprozess. Zum Frieden gehört die Offenheit gegenüber Meinungen und Nuancen, gegenüber Kontroversen und Ideen, die andere sind als die eigenen.

F:

Warum also entschied sich die Stiftung für die Teilnahme?

A:

Weil wir seit 103 Jahren intensiv für das Zusammenleben der Kolumbianer arbeiten, wie dies in unseren Statuten steht, und daher nicht im Schweigen verharren konnten.

F:

Ich bleibe bei einem etwas kritischen Ton. Erstens: Worin bestehen für Sie die „entsprechenden Rahmenbedingungen“ für ein politisches Abkommen? Zweitens: Wenn „der Frieden die Offenheit gegenüber Meinungen und Kontroversen“ beinhaltet, glauben Sie nicht, dass man ohne schief angesehen zu werden, heutzutage den Prozess kritisieren darf, der in Kuba abläuft?

A:

Möglich müsste das sein, aber es findet nicht statt. Und es findet nicht statt wegen der Polarisierung völlig extremer Positionen, die man eingenommen hat: Ja oder Nein, Punkt, ohne Zwischentöne. Die entsprechenden Rahmenbedingungen könnte man schaffen, indem man reale Räume für Dialoge schüfe, wo zwischen dem Ja und dem Nein Nuancen möglich sein müssen. Mit anderen Worten muss die Gesellschaft zu Minimalkonsensen kommen, auf denen ein Friedensabkommen aufbauen kann.

F:

Es gab eine sehr bittere Debatte, die aber Andere außen vor ließ zwischen den Anhängern der Regierung und der Bewegung von Uribe. Ist das zu kritisieren?

A:

Ja. Diese zwei politischen Positionen haben sich in Fahnen verwandelt, hinter denen sich ein großer Teil der Gesellschaft versammelt hat. Dagegen wäre eine kritische Annäherung zwischen beiden Seiten, nicht zur radikalen Dominanz des Einen über den Anderen, sondern um aufzubauen, trotz bestehender Differenzen, ein enormer Schritt voran zu einem wirklichen Frieden.

F:

Kann man sich ein Kolumbien vorstellen, das zu einem friedlichen Zusammenleben gelangt angesichts der tiefen ökonomischen und sozialen Unterschiede die heute im Land bestehen?

A:

Ich glaube nicht, dass die Gewalt verschiedener Gruppen zu rechtfertigen ist mit den Differenzen, die Sie benennen. Das Leben und die Unversehrtheit der Betroffenen sind keine Wirtschaftsgüter, die man gegen wirtschaftliche und politische Veränderungen einhandeln kann, und deswegen muss Gewalt unter allen Umständen verurteilt werden. Nachdem das geklärt ist, füge ich hinzu, dass ein wirkliches friedliches Zusammenleben nicht möglich ist, solange es so viele Landsleute gibt die vergessen und der Möglichkeit eines Lebens in Würde beraubt sind. Ein wirklicher Frieden ist nicht allein die Abwesenheit bewaffneter Gewalt, sondern viel mehr.

F:

Folglich wären die Anstrengungen, die man in Havanna unternimmt vergebens, wenn man dort nicht auch Maßnahmen diskutiert, die zur Schließung der Kluft der Armut dienen.

A:

Ich frage mich dagegen, ob Havanna der wichtigste Ort ist für diese Diskussion, und ob nicht überfällig ist, sie zu führen unter denen, die nicht unter Waffen stehen, die die Mehrheit der Kolumbianer darstellen: Was ist die Rolle der politischen Parteien, der Akademiker, der sozialen Bewegungen, der Privatwirtschaft? Haben wir nicht alle vielleicht die Verantwortung für eine wirklich inklusive Entwicklung? Das zu verlegen an den Tisch des Dialogs mit einer bewaffneten Gruppierung, hieße es sich leicht zu machen, auch wenn die bewaffneten Akteure natürlich dazu auch etwas zu sagen haben, und wäre nicht verantwortungsvoll und hätte keine ausreichende Verankerung, um in der Realität funktionieren zu können.

F:

Sie sind bekannt dafür, Ihre Aktivitäten auf die schwächsten Teile der Gesellschaft auszurichten. Trotzdem verfügt die Stiftung über Einrichtungen im Bankwesen, im Finanzsektor und im Handel mit

Gewinnen in Millionenhöhe und bewahrt trotzdem ihre Gemeinnützigkeit. Wie erklären Sie diese „Persönlichkeitsspaltung“?

A:

Als Pater José María Campoamor S.J. die Stiftung 1911 gründete, hatte er die Idee, produktive Aktivitäten zu entwickeln, welche den Armen ermöglichen sollten, sich an die Quellen des Reichtums anzuschließen – wir nennen das heute „inklusive Geschäfte“- und er rief Unternehmen ins Leben, die wirtschaftlich tragfähig waren.....

F:

Jetzt steht die 2. Phase von „Soy Capaz“ bevor, in der die Teilnehmer nicht nur Botschaften verkünden, sondern konkrete Vorschläge präsentieren sollen. Werden Sie auch an dieser Etappe teilnehmen?

A:

Uns wurde diese 2. Etappe noch nicht vorgestellt. Wenn das passiert, werden wir es prüfen, aber ich bestehe darauf, dass der Frieden keine Angelegenheit von Kampagnen ist, auch wenn diese zuweilen eine punktuelle Rolle spielen. Es bleibt paradox und fragwürdig, dass im Namen des Friedens die unbewaffneten Kolumbianer derart polarisiert und gespalten sind wie in den schmerzvollen 50er Jahren. Wird es solide und nachhaltig sein, in dieser Weise einen gesellschaftlichen Prozess zu entwickeln? Wir möchten durchaus zu diesem Thema beitragen und darüber diskutieren.

F:

Zuletzt, und ich bitte, dass Sie mir explizit antworten, auch wenn ich Ihre Antwort schon vorausahne: Sind Sie und Fundación Social für oder gegen den Verhandlungsprozess mit der FARC, wie ihn Präsident Santos führt?

A:

Gegenüber den Verhandlungen in Havanna hat meine Organisation es vorgezogen, eine neutrale Position zu beziehen, um offen zu bleiben für die Vielfalt im Denken der Kolumbianer. Aber wir sehen es so, dass angesichts dieser Vielfalt es unverzichtbar ist, bei Verhandlungen mit jedweder bewaffneten Gruppierung sich auf wirkliche Konsense in der gesamten Gesellschaft zu beziehen.

F:

Die Kolumbianer lieben den Banken- und Finanzsektor nicht, weil sie glauben, er bereichere sich auf Kosten seiner Kunden. Sie stehen Organisationen wie einer Bank (Caja Social) sowie Finanz- und Versicherungsfirmen (Colmena) vor. Ist das Urteil der Bevölkerung gerecht oder ungerecht?

A:

Zum Teil ist es ungerecht, weil es die relevante Rolle des Bankwesens für den Entwicklungsprozess negiert. Aber man muss zugeben, dass das Urteil nicht völlig unzutreffend ist und das gilt nicht allein für die Bankgeschäfte, sondern auf das gesamte private Unternehmerhandeln, weil dieses, trotz sehr positiver Wirkungen als Motor der Wirtschaft und der Schaffung von Beschäftigung und Reichtum,

nicht mit ausreichender Verpflichtung auf das Gemeinwohl achtet und auf die Bedürfnisse der Unterprivilegierten.....